



**BERNHARD
SEIDENATH** 
Für das Dachauer Land
im Landtag

Newsletter

Newsletter aus dem Landtag von Bernhard Seidenath, MdL, 27.03.2015

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreunde,

bei der Eröffnung der EZB-Zentrale in Frankfurt haben linksextremistische Globalisierungsgegner einmal mehr gezeigt, dass sie zu allem bereit sind: zu organisierter Gewalt und gezielten Angriffen. Diese Gewalt gegen Polizisten, Geschäfte und Wohnhäuser darf nicht toleriert werden! Die beinahe bürgerkriegsähnlichen Ausschreitungen linker Extremisten legen die verfehlte Extremismuspolitik von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig offen. Deshalb haben wir in einem Dringlichkeitsantrag eine effektive Bekämpfung linker Gewalt gefordert. Mehr dazu lesen Sie in meinem folgenden Newsletter.

Im letzten Artikel lesen Sie meine Pressemitteilung zur Legalisierung von Cannabis. Am 18.3. hatte ich in der Sendung „Bürgerforum live“ im Bayerischen Fernsehen die Gelegenheit, den Standpunkt der CSU-Landtagsfraktion darzustellen.

Nun wünsche ich Ihnen wieder eine interessante und informative Lektüre.

Mit den besten Grüßen und guten Wünschen für die kommende Osterzeit
Ihr



Bernhard Seidenath

Wirksame Bekämpfung linker Gewalttäter sicherstellen

Die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag hat die schweren Ausschreitungen in Frankfurt anlässlich der Eröffnung der EZB-Zentrale aufs Schärfste verurteilt. Bei den gewalttätigen Ausschreitungen linksextremer Gruppen am 18. März wurden 220 Personen verletzt, darunter 150 Polizisten. Zudem wurden zahlreiche Scheiben an Geschäften und Haltestellen, mehrere Polizeiautos und zwei Fahrzeuge der Feuerwehr beschädigt.

In einem Dringlichkeitsantrag forderte die CSU-Fraktion nun, bundesweite Programme gegen Linksextremismus und die sogenannte Extremismusklausel umgehend wieder einzuführen. Die Unterzeichnung der Extremismuserklärung muss wieder Bedingung für die staatliche Mittelzuweisung an die Projektpartner werden.

Die Staatsregierung will mögliche Konsequenzen für die Einsatzplanung für den G7-Gipfel in Elmau prüfen und Erkenntnisse aus den Vorfällen in Frankfurt in das bestehende G7-Sicherheitskonzept einfließen lassen. Die CSU-Fraktion unterstützt dies ausdrücklich. Es müsse alles getan werden, um Eskalationen wie in Frankfurt soweit wie möglich zu verhindern.

Dringlichkeitsantrag im [Wortlaut](#)

Weitere Dringlichkeitsanträge in dieser Woche

In der Plenarsitzung diese Woche hat die CSU-Fraktion zwei weitere Dringlichkeitsanträge eingereicht. Themen: Wohnraumförderung und Rückbau von Kernkraftwerken.

[Dringlichkeitsantrag](#) „Erfolgreiche bayerische Wohnraumförderung fortsetzen“

[Dringlichkeitsantrag](#) „Rückbau der Kernkraftwerke und Entsorgung sichern“

Ganztagskonzept - Mehr Förderung und bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die Ganztagsangebote an den bayerischen Grundschulen werden ab kommendem Schuljahr massiv ausgebaut. Ministerpräsident Horst Seehofer, MdL, hat diese Woche mit Vertretern der kommunalen Spitzenverbände die Weiterentwicklung von ganztägigen Bildungs- und Betreuungsangeboten für Schülerinnen und Schüler mit einer gemeinsamen Vereinbarung auf den Weg gebracht. Das Kabinett hatte das entsprechende Gesamtkonzept im Vorfeld beschlossen.

Damit sind die wesentlichen Ziele des Ganztagskonzepts der CSU-Fraktion umgesetzt: Das Modellprojekt beinhaltet ein Bildungs- und Betreuungsangebot in der Grundschule an fünf Tagen sowohl in Unterrichtswochen als auch in den Schulferien bis 18 Uhr. Bis 2018 sollen dann alle bayerische Schülerinnen und Schüler bis 14 Jahren ein ganztägiges Bildungs- und Betreuungsangebot nutzen können.

Für Kerstin Schreyer-Stäblein und Gudrun Brendel-Fischer, Leiterinnen der Projektgruppe Ganztagschule der CSU-Fraktion, ist die Flexibilität der Angebote wichtig: „Wir wollen den Schulen keine Einheitslösung überstülpen, sondern bedarfsgerechte Lösungen finden, die in den jeweiligen Kommunen funktionieren. Das beinhaltet auch die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen vor Ort, wie beispielsweise der Jugendhilfe“, erläutert Schreyer-Stäblein. „Bestehende Ganztagsangebote sollen gezielt weiterentwickelt werden, und das in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen“, betonte auch Brendel-Fischer.

Pressemitteilung zum [Thema](#)

Wer am Kopftuchverbot rüttelt, rüttelt am Selbstbestimmungsrecht der Frauen

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Kopftuchverbot war diese Woche Thema in der Sitzung der CSU-Landtagsfraktion. Bildungsminister Dr. Ludwig Spaenle bekräftigte hierbei, dass die Staatsregierung derzeit keinerlei Anlass sehe, aufgrund des Urteils gesetzliche Änderungen in Bayern vorzunehmen.

Die Regelung im Bayerischen Unterrichtsgesetz zum Tragen von äußeren Symbolen und Kleidungsstücken durch Lehrkräfte an bayerischen Schulen wurde vom bayerischen Verfassungsgerichtshof erst im Jahr 2007 als verfassungskonform eingestuft. Zudem seien in Bayern keine Probleme in der Praxis bekannt, so Spaenle.

„Das Tragen eines Kopftuches ist in vielen Fällen immer noch ein politisch-religiöses Symbol der Unterdrückung von muslimischen Frauen“, erklärte Gudrun Brendel-Fischer, stellvertretende Vorsitzende der CSU-Fraktion nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Sie sei überrascht, dass das Gericht seine ursprüngliche Haltung zum Kopftuchverbot nun ins Gegenteil verkehrt hat. „Wer am Kopftuchverbot rüttelt, der rüttelt gleichzeitig am Selbstbestimmungsrecht der Frauen“, betonte sie.

Pressemitteilung zum [Thema](#)

Neuer Schwung für Forschung und Innovation: Zentrum für Digitalisierung Bayern

Bayerns Wirtschaftsministerin Ilse Aigner und Wissenschaftsminister Ludwig Spaenle haben diese Woche in der Fraktion das Konzept des Zentrums Digitalisierung.Bayern (ZD.B) vorgestellt. Das ZD.B mit Standort in Garching soll als Forschungs- und Kooperationsplattform Unternehmensgründer und Projekte im Freistaat unterstützen. Ziel ist eine bessere Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft.

Außerdem sollen 20 neue Professorenstellen im Digitalisierungsbereich geschaffen werden, die sich auf ganz Bayern verteilen werden. Der Freistaat erwartet sich dadurch auch wertvolle Impulse für die Regionen.

Zum Start sind drei Plattformen zu den Themen "IT-Sicherheit", "Digitalisierte Produktion", und "Vernetzte Mobilität" vorgesehen. Zwei weitere zu den Themen "Digitale Medizin/Gesundheit" und "Digitalisierung im Energiebereich" sollen folgen. Bis zum Jahr 2019 will Bayern für diese Maßnahmen knapp 116 Millionen Euro bereitstellen.

Pressemitteilung zum [Thema](#)

Ausbau- und Finanzierungssituation im Straßenbau – Bericht von Staatsminister Herrmann

Innenminister Joachim Herrmann informierte die Abgeordneten diese Woche über die aktuelle Situation im Straßenbau. Im vergangenen Jahr hat Bayern 1,228 Milliarden Euro für Bundesautobahnen und –straßen erhalten. Das sind ca. 18 Prozent vom Gesamthaushalt des Bundes für den Fernstraßenbau.

Im aktuellen Bundesfernstraßenhaushalt 2015 stehen insgesamt 6,272 Milliarden Euro zur Verfügung. Bayern erhält aus diesem Topf 1,07 Milliarden Euro. Staatsminister Herrmann erwartet jedoch im Laufe des Jahres weitere Zuweisungen für vom Bund verwaltete Haushaltstitel und im Mittelausgleich.

Bayern hat im vergangenen Jahr für Um- und Ausbau sowie Instandhaltung seiner Staatsstraßen insgesamt 250,9 Millionen Euro ausgegeben – 80 Prozent der Gelder flossen dabei in Projekte im ländlichen Raum. Im Haushalt 2015/2016 wurden jeweils wieder 250 Millionen Euro an Investitionsmitteln bereitgestellt. Davon sollen jährlich jeweils 100 Millionen Euro in Um- und Ausbau und 150 Millionen in die Bestandserhaltung fließen. Mit Mitteln aus dem Bayerischen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz wird zudem der Aus- und Neubau verkehrswichtiger kommunaler Straßen gefördert. Hier stehen für das laufende Jahr 143 Millionen Euro und für neue Programmaufnahmen rund 150 Millionen Euro zur Verfügung.

Die Woche in Bildern

In dieser Woche wurde der langjährige Landtagsbeauftragte der Staatskanzlei verabschiedet. Fraktionschef Thomas Kreuzer bedankte sich bei Dr. Rüdiger Detsch für die gute Zusammenarbeit. Weitere Impressionen aus der Fraktionssitzung, dem Plenum und aus Fachgesprächen in unseren Bildern der Woche!

Zur [Bildergalerie](#)

Zahl der Woche: 20,7 Millionen

20,7 Millionen Euro stellt Bayern für kommende Maßnahmen der Wasserversorgung im ländlichen Raum bereit. Das verkündete Umweltministerin Ulrike Scharf diese Woche in München. Mehr als 950 Gemeinden in Bayern profitieren von den Geldern: Für kommunale Abwasseranlagen werden 9,8 Millionen Euro ausgezahlt, verteilt auf 53 Gemeinden. Bei der Kommunalen Wasserversorgung werden an 16 Gemeinden 1,3 Millionen Euro ausbezahlt. Für Kleinkläranlagen fließen Fördermittel von 9,5 Millionen Euro in 903 Gemeinden. Die Auszahlung der Mittel erfolgt am 26. März.

Pressemitteilung zum [Thema](#)

Nein zur Legalisierung von Cannabis als Genussmittel

Erleichterung des Zugangs für schwerkranke Patienten

„Über Cannabis wird derzeit viel diskutiert. Es gibt sogar ein Volksbegehren, das Cannabis als Genussmittel legalisieren möchte. Dies aber wäre völlig falsch. So weit darf es nicht kommen“, erklärte Bernhard Seidenath, Stimmkreisabgeordneter für den Landkreis Dachau im Bayerischen Landtag und gesundheits- und pflegepolitischer Sprecher der CSU-Landtagsfraktion.

„Die Freigabe von Cannabis als Genussmittel lehne ich strikt ab, weil Cannabis eine hochwirksame stimmungs- und wahrnehmungsverändernde Droge ist. Sie kann bei einem länger andauernden Konsum erhebliche gesundheitliche Konsequenzen haben, etwa psychische Störungen wie Antriebsverminderung oder Konzentrationsstörungen. Wenn Cannabis geraucht wird, erhöht sich auch das Lungenkrebsrisiko enorm. Zudem kann Cannabiskonsum wie eine Einstiegsdroge wirken und die Hemmschwelle für den Missbrauch anderer psychoaktiver Substanzen und illegaler Drogen herabsetzen. Ein Verbot ist und bleibt das klarste Statement zu den Gefahren und Risiken dieser Substanz“, betonte Seidenath.

Von einem Cannabis-Konsum als Genuss- und Rauschmittel ist aber seine Verwendung zu medizinischen und therapeutischen Zwecken zu unterscheiden. Bekannt ist, dass Cannabis in der Medizin heilsame Wirkungen entfalten kann, etwa bei Patienten mit starken Schmerzen, mit Multipler Sklerose oder Hyperaktivität. Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung hat sich deshalb dafür ausgesprochen, Cannabis in diesen Fällen verstärkt als Medizin einzusetzen. Die Schwierigkeit wird darin bestehen, den Kreis der möglichen Bezieher abzugrenzen. „Geholfen werden soll ja denjenigen und nur denjenigen, die dieses Arzneimittel auch tatsächlich dringend brauchen. Ich halte diesen Weg für richtig und kann ihn mitgehen“, erklärte Seidenath und fügte hinzu: „Mein Fazit lautet deshalb: Cannabis aus eng begrenzten medizinischen und therapeutischen Zwecken Ja, ansonsten Nein!“